

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorständen einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei 2 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Ml. Expedition und Druck von Joh. van Elden in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. 1233/2233 Fernsprech-Nr. 1368. VEREINIGUNG

Nr. 50. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 12. Dezember 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An unsere Mitglieder!

Am 1. April 1909 tritt bekanntlich das neue Vertrag- und Unterstützungsweisen nach den Beschlüssen der Augsburger Generalversammlung in Kraft. Um den Verbandsmitgliedern den Eintritt in die höheren Beitragsklassen zu erleichtern, beschloß der Zentralvorstand u. a. folgende Uebergangsbestimmungen:

1) Für diejenigen Mitglieder, welche erst ab 1. April 1909 zu den neuen statutgemäßen Mindestbeitragsklassen übertreten, kommt eine Karenzzeit nicht in Anrechnung, vielmehr gelten sofort die sämtlichen entsprechenden Unterstützungssätze nach dem neuen Statut.

2) Mitglieder, welche ab 1. April 1909 einer höheren als der Pflichtbeitragsklasse beitreten, haben ebenfalls die sonst übliche 26-wöchige Karenzzeit nicht zu bestehen, treten vielmehr gleich (1. April 1909) in ihre neuen Rechte ein.

3) Endlich sind diejenigen Mitglieder von der Karenzzeit befreit, welche sofort, d. h. vor dem Inkrafttreten des neuen Statuts am 1. April 1909 irgend einer höheren als der Pflichtbeitragsklasse beitreten. (Zweckmäßig erfolgt der Uebertritt möglichst am 1. Januar 1909.) Diese Mitglieder haben sofort (bis zum 1. April 1909) Anrecht auf die bisherigen höheren Unterstützungen der neuen Klasse nach dem alten Statut.

4) Bei Uebertritten in höhere Klassen, welche erst nach dem Inkrafttreten des neuen Statuts erfolgen — vor dem 1. Juli 1909 wäre dies unstatthaft — kommt unter allen Umständen die statutgemäße Karenzzeit zur Anwendung.

Wir bitten die Ortsgruppenvorstände und Agitatoren, die Mitglieder auf diese Vergünstigungen aufmerksam zu machen.

Verbandskollegen und -Kolleginnen! Macht Euch diese den Uebertritt erleichternden Bestimmungen zu Nuzen! Rechtzeitig hinein in die höheren Beitragsklassen!

Mit kollegiatem Gruß!

Der Zentralvorstand:

J. A. C. W. Schiffer, Vorsitzender.

Zur Arbeitskammervorlage.

Die im Februar d. J. seitens der Regierung gemachten Vorschläge zur Errichtung von Arbeitskammern waren so unglücklich ausgefallen, daß sie bei allen Interessierten Ablehnung erfuhren. Namentlich ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf betr. die Errichtung von Arbeitskammern zugegangen, der gegen die früheren Regierungspläne wesentliche Verbesserungen aufweist.

An dem System der paritätischen Zusammenfassung der zu schaffenden Institutionen ist festgehalten, die von den Arbeitgebern mit ungenügender Mithilfe der entfalteten Agitation für reine Massenvertretungen, Arbeiterkammern, ist also noch dieser Richtung unwirksam gewesen. Das kann mit Vermeidung konstatiert werden.

Fallen gelassen hat der Entwurf die früher geplante Angliederung der Kammer an die Berufsvereinigungen, die besonders auf Arbeitsebene eine starke Zurückweisung erfährt. Festgehalten dagegen wird an der sachlichen Gliederung der Kammer und der Bildung von größeren Kammerbezirken. Man kann mit der sachlichen Gliederung einverstanden sein, da sie manche Vorzüge in sich birgt, dagegen muß eine Unvollkommenheit der Vorschläge darin gesehen werden, daß sie von der Bildung lokaler Kammer absehen. Gerade in den Ballungskammern wird das Hauptmangelmerkmal der neuen Institution zu suchen sein. Es wird regierungsgünstig dagegen eingewendet, daß bei der Gliederung der Kammer nach Bezirken es nicht immer möglich sein würde, leistungsfähige Ortskammern zu bekommen, da der notwendige Personenkreis nicht immer vorhanden sei. Der Einwand ist zweifellos nicht ganz von der Hand zu weisen, aber andererseits ist ebenso richtig, daß für Groß- und auch mittlere Industriegebiete eine Kammer ebenso möglich als notwendig ist. Von der christlichen Arbeiterschaft war die Organisation der Kammer in der Weise gebacht, daß als Unterbau die Lokal-, darauf die Bezirkskammern und das Ganze in einer Reichskammer ihre zentrale Fänge. Es wird Aufgabe des Reichstages sein, in irgend einer Form wenigstens eine lokale Instanz für die neue Institution zu schaffen. Vorgeschlagen wurde früher schon, für einen Gewerbebezirk eine Kammer zu bilden.

Zu Unterschied zwischen den früheren Vorschlägen, die die Errichtung von Kammer durch Bestimmung des Bundesrates vorsieht, kann nach dem neuen Gesetzentwurf auf Verfügung der Landeszentral-

behörde die Errichtung erfolgen, die die Bedürfnisfrage zu prüfen und Bezirk und Sitz der Kammer zu bestimmen hat. Es wäre jedoch falsch, es dem Gutachten der Landesbehörde zu überlassen, ob das Bedürfnis für eine Kammer vorliegt oder nicht. Es müßten im Gehege Bestimmungen getroffen werden — wie es ja für die Errichtung von Gewerbegerichten auch geschehen ist — wonach unter bestimmten Voraussetzungen die Bildung von Kammer erfolgen muß. Diese Voraussetzungen wären so zu gestalten, daß auch die Arbeiter ein Wort mitzureden hätten. Die in § 1 des Gesetzentwurfes enthaltene Bestimmung, daß die Errichtung der Kammer erfolge, „sofern nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis entsteht“, ist viel zu allgemein gehalten.

Der in das Gesetz einbezogene Personenkreis ist dahin erweitert, daß auch das Handwerk mit eingeschlossen wurde. Dagegen hat man von einer Einbeziehung der Landarbeiter abgesehen, obwohl gerade mit Rücksicht auf die mangelhaften Verhältnisse in der Landwirtschaft eine solche Institution für diese dringend notwendig erscheint. Andererseits muß es auf die Landarbeiter auch erbittern wirken, stets von der Regierung als minderen Grades, als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Was die Einbeziehung des Handwerks anbelangt, so war in den früheren Vorschlägen der Ausschluß damit begründet, daß die Gesellen in ihren Ausschüssen bereits eine gesetzliche Vertretung besäßen. In der Begründung zu diesem Entwurfe heißt es diesbezüglich, daß die Befürchtung, es könne durch das Einbeziehen des Handwerks in das Arbeitskammergesetz die bestehenden Interessenvertretungen eine Beeinträchtigung erleiden, durch die Vorteile aufgewogen würden, die die Einbeziehung dem Handwerk bringen müsse. Das verrät doch etwas mehr Verständnis für die praktischen Verhältnisse des gewerblichen Lebens.

Was dem neuen Entwurfe einen besonderen Vorzug gibt gegenüber seinem Vorgänger, ist der Wahlmodus. Waren früher als Wahlkörper die Arbeiterausschüsse und die Vertrauensmänner der Unfallversicherung vorgeschlagen, so ist jetzt die allgemeine, geheime und direkte Wahl nach dem Grundsatze des Proporzsystems vorgesehien. Dabei sollen auch die Arbeiterinnen das aktive und passive Wahlrecht besitzen. Hierbei kann die Stimmgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem bestimmten Termine vor der Wahl einzureichen sind. Zu hoch genommen ist dagegen die Altersgrenze sowohl für das aktive als auch passive Wahlrecht. Letzteres verlangt eine 30-, erstere ein 25-jähriges Alter. Dieses müßte auf 21 Jahre, jenes auf 25 Jahre heruntergesetzt werden. Ein Festhalten an dem regierungsgünstig vorgeschlagenen Wahlalter würde besonders praktisch einer Ausschließung der Arbeiterinnen gleichkommen. — Nicht berücksichtigt sind jene Wünsche, die auch den Gewerkschaftsbeamten die Wahlbarkeit zu den Kammer geben wollten. Es ist ohne nähere Begründung klar, daß gerade mit Hilfe der Beamten der Gewerkschaften, die mitten im sozialen Leben stehen und die beruflichen Vertreter der Arbeiter sind, die Kammer eine äußerst wirksame Tätigkeit entfalten könnten. Die Einbeziehung der Arbeiterbeamten ist nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Sozialpolitikern mit künftigen Namen gefordert worden.

Der Vorsitzende der Kammer soll ein Beamter sein, der von der Aufsichtsbehörde ernannt wird. Das scheint uns keine glückliche Lösung zu sein. In den Gewerbe-, Handwerks-, Handels- und sonstigen Kammern ernannt die Aufsichtsbehörde doch auch nicht den Vorsitzenden. Warum denn in den Arbeitskammern, wo es doch ganz besonders auf wirkliche Unparteilichkeit ankommt? Man überlasse die Wahl den Kammermitgliedern, dann wird gewiß eher ein Mann an die Spitze kommen, der das Vertrauen beider Parteien hat. Die Aufgaben der Kammer sollen sein die Pflege des wirtschaftlichen Friedens, die Wahrnehmung der gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen und gewerblichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer. Ferner sollen die Arbeitskammern ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fördern, die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der besonderen Interessen der Arbeiter durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten unterstützen. Weiter sollen sie auf Ansuchen von Staats- und Gemeindebehörden Gutachten über den Verlauf von Ausnahmeverordnungen von der Sonntagsruhe, über behördliche Maßnahmen zum Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter, über Ausdehnung des Fabrikarbeitsgesetzes auf Werkstätten u. a. m. erstatten. Endlich wird den Arbeitskammern das Recht eingeräumt, Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten betreffen, zu beraten und Maßnahmen, welche die Förderung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zweck haben, anzulegen. Auch die Funktionen des Einigungsamtes sollen den Arbeitskammern übertragen werden, wenn es an einem Gewerbebezirk fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbebezirke beschäftigt sind, oder endlich, wenn die Einigungsverhandlungen des zuständigen Gewerbebezirks ergebnislos verlaufen sind.

Entgegen den früheren Vorschlägen, die für die Kosten der Kammer die Berufsvereinigungen heranziehen wollten, bestimmt der neue Entwurf, daß die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeits-

kammern erwachsenden Kosten für jede Arbeitskammer von denjenigen in ihrem Bezirk belegenen Gemeinden zu tragen sind, in welchen sich Betriebsstätten der in ihr vertretenen Gewerbebranche befinden oder Arbeitnehmer dieser Gewerbebranche den Wohnsitz haben. Die Gemeinden sind ermächtigt, durch Ortsrat zu bestimmen, daß die nach dem Verteilungsplan für die verschiedenen Gemeinden auf sie entfallenden Kostenanteile von den Inhabern der in der Gemeinde belegenen beteiligten Betriebsstätten und denjenigen beteiligten Arbeitnehmern erhoben werden, welche in der Gemeinde den Wohnsitz haben. Diese Lösung der Kostenfrage ist mindestens glücklicher als die in dem alten Entwurfe vorgesehene. Ob es dagegen zu empfehlen ist, den Gemeinden die Möglichkeit eines Abwälzens der Kosten auf Unternehmer und Arbeiter zu geben, erscheint uns sehr fraglich.

Alles in allem genommen geht aus dieser kurzen Zeichnung doch hervor, daß der Entwurf mehrere Vorzüge gegenüber seinem Vorgänger aufweist, wenn auch nach mancher Richtung eine wesentliche Umgestaltung vorgenommen werden muß. Das wird Sache des Reichstages sein. Aber der Entwurf bietet doch eine brauchbare Unterlage für die Schaffung der neuen Institutionen, die in den kaiserlichen Februarverlassen 1890 bereits angeknüpft wurden. — Wir werden Gelegenheit nehmen, auf die einzelnen Bestimmungen näher einzugehen.

Mittel zur Milderung der Wirtschaftskrisen und ihrer Folgen.

III.

Die Ursachen über die Ursachen der Wirtschaftskrisen und Handelskrisen sind verschiedenes. Das ist den vorausgegangenen Darlegungen zu entnehmen. Nach der jeweiligen Ursache einer Krise richten sich die Mittel, sie abzuwenden. Ist Krieg die Ursache, so muß diese beseitigt, der Krieg eingestellt oder von vornherein verhindert werden. Wie schwer das zu bewerkstelligen ist bei den gegebenen politischen Verhältnissen, leuchtet ein. Ebenso verhält es sich bei einer Missernte als Ursache einer Krise. Eine solche zu mildern, dazu wäre ein Mittel, die Aufhebung von Vorkräten, sowie der Austausch solcher von Land zu Land, wie er heute schon in Folge der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse sich ermöglichen läßt und vollzieht. Ueber das Maß der anzuführenden Vorkräte fehlt jedoch im voraus jeder Maßstab. Von wem und wo sie aufgespeichert werden sollten, darüber könnte vielleicht eine Verständigung unter den einzelnen Ländern und Weltteilen erzielt werden, ebenso über die Deckung der Kosten dieses Verfahrens.

Das Verhältnis der Produktion und Konsumtion entsprechend zu regeln, ist, wie schon betont, eine schwierige, nie ganz zu lösende Aufgabe. In einem geschlossenen, übersichtlichen Wirtschaftskreis wäre wohl an die Möglichkeit eines Erfolges zu glauben, nicht aber im ganzen Gebiete der Weltwirtschaft. Ganz abgesehen von der Verschiedenheit der Böden des Erdballs, ihrer verschiedenen, sich ändernden und fortentwickelnden Bedürfnisse, fehlt es auch an der nötigen Ueberfrucht über die Produktionsfaktoren und an den Nachmitteln, zwecks Einwirkung auf diese. Eine gewisse Regelung der Produktion läßt sich nur bewerkstelligen, wenn der Bedarf der Gesamtheit ungefähr festliegt. Hier kann nun, zur Erreichung dieses Ziel, ein Mittel ausgebaut und angewendet werden, welches der Volkswirtschaft schon ausgezeichnete Dienste geleistet hat:

Die Statistik.

In den modernen Kulturstaaten findet seit langem eine zahlenmäßige Feststellung statt von Einzelfällen und eine zusammenfassende Darstellung derselben, wie auch Erhebungen und Untersuchungen über Massenerscheinungen. Seit dem Jahre 1880 hat das Deutsche Reich auch handelsstatistische Aufzeichnungen.

Aus den Veröffentlichungen des seit 1872 bestehenden kaiserlichen Statistischen Amtes erhalten wir Aufschluß über alle möglichen Verhältnisse des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Es finden sich fortlaufende Aufzeichnungen und Notierungen über die Bevölkerungszahl, Bevölkerungsbewegung, Vieh- und Getreideproduktion, Holz und Umfang der gewerblichen Betriebe und der dabei beschäftigten Personen, über den Warenverkehr mit dem Auslande. Weltliche Nachrichten liefern die statistischen Kreise von Großbritannien, Frankreich, Österreich, Italien, Rußland u. a., jeweils über die Verhältnisse des eigenen Landes. Dazu kommen Veröffentlichungen ausgehender Expeditionen privater Forscher, der Kaufleute u. s. w. So wertvoll all diese Arbeiten und Beiträge für die Beurteilung insbesondere wirtschaftlicher Verhältnisse sind, es mangelt ihnen die Einseitigkeit und die Unvollständigkeit. Es wäre zunächst darauf hinzuwirken, daß die in den einzelnen Staaten zur Anwendung kommenden statistischen Methoden in eine gewisse Uebereinkunft gebracht werden. Dadurch würde ein Vergleich der statistischen Ergebnisse der verschiedenen Staaten ermöglicht und die Ueberwachung der internationalen Warenbewegung erleichtert. Von der größten Bedeutung für die Volkswirtschaft erscheint eine universelle, allumfassende Handelsstatistik, eine Statistik aller Nationen über Bevölkerungsbewegung, Produktion, Handel u. a. Auf dem Wege internationaler Vereinbarungen erscheint dieses Ziel, wenn auch nur sehr schwer, so doch erreichbar. Eine dergestalt ausgedehnte und umfassende Statistik würde eine ungefähre Ueberfrucht über den Bedarf, über den Warenmarkt und die Produktion bieten und so eine gewisse Regelung möglich machen. Eine genaue Landwirtschaftsstatistik über all durchgeführte Saatenfrucht- und Erntestellungen müßte dazu beitragen, den Einfall von Missernten in etwa voraussichtlich und die Lebensmittelförderung zu regeln.

An dieser Stelle soll anerkannt und erwähnt werden, daß das Deutsche Reich Einrichtungen geschaffen hat, die den vorhin erhobenen Wünschen entgegenkommen. Seit dem Jahre 1900 ist nämlich vom Reichsamte des Innern ein umfassender Nachfragedienst eingerichtet worden, mit dem Zweck, eine bessere Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse namentlich jenseit des Auslandes den Interessenten zu übermitteln. Dazu dienen die Nachrichten für Handel und Industrie. Es dürfte wohl kaum ein

Band der Erde von irgendwelcher wirtschaftlicher Bedeutung geben, das nicht schon in diesem Organ behandelt worden wäre.

Was nützte aber die genaueste Statistik über die wirtschaftlichen Verhältnisse eines jeden Landes, wenn sie nicht beachtet und einzelne Länder und deren Industrien aus Konkurrenzgründen doch Ueberproduktion treiben? Es liegt nahe, zu verlangen, daß dann die Regierungen der einzelnen Staaten auf eine planmäßige Beeinflussung des Wirtschaftslebens und der Produktion hinarbeiten. Durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik kann jeder Staat die Konkurrenz des andern mehr oder weniger niederhalten und auch im eigenen Lande regulierend wirken. Eine solche Einwirkung kann erforderlich sein, aber sowohl auf die Konsumenten als auch auf die Produzenten recht bedenkliche Wirkungen haben und zu einer übermäßigen, hemmenden und verteuernenden Einmischung des Staates in die Produktion führen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man nur wünschen, daß die Produktion von den Produzenten selbst geregelt wird. Es gibt angelegene Nationalökonomien, welche eine solche Regelung der Warenproduktion als das allein richtige und mögliche bezeichnen. Schon im Jahre 1893 hat Professor Dr. Lupo Brentano in München, gelegentlich eines populärwissenschaftlichen Vortrages ausgesprochen, daß weder monarchische noch sozialdemokratische Beamte jemals im Stande sein werden, Fabriken und Unternehmungen, so wie notwendig, zu leiten. Den Krisen vorzubeugen, die Produktion zu regeln, könne bewerkstelligt werden im Zusammenhange aller Produzenten. Daher sei es falsch, den Unternehmerverbänden, Truï's, Kartellen u. Opposition zu machen.

Die Kartelle

müßten lediglich, hinsichtlich ihrer Verträge, Preis der Ware und der gezahlten Löhne, durch die Handelsministerien kontrolliert werden. Neben dem individuellen Eigentum der Industriellen, werde die freie, freie Entwicklung auch der wirtschaftlich Schwachen geschützt und durch sie die Regelung zwischen Angebot und Nachfrage in schärfster Art vollzogen. Brentano versteht dabei nicht, auf die Wünsche der Kartelle, mutwillige Preissteigerung u. s. w. zu verweisen. Aber, fragte er, sind jene Wünsche denn wirklich unüberwindlich? Das eben vorliegende ist in dieser Beziehung ganz besonders beachtenswert mit dem großen englischen Kohlenkriege. Eine große Ueberproduktion hatte stattgefunden, die Kohlenpreise waren gesunken, die Grubenbesitzer wollten die Löhne herabsetzen, um sich schadlos zu halten, die Arbeiter aber wollten zu herabgesetzten Löhnen nicht arbeiten, da diese unzureichend seien zum Unterhalt, und so wiederholten sie ihren alten Vorschlag, die Grubenbesitzer müßten doch vermöge ihrer Koalition die Produktion an den Bedarf anpassen, um so die Preise auf einer Höhe zu halten, die ihnen ausreichenden Gewinn und den Arbeitern menschenwürdigen Lohn verschaffe. So lange der Vorschlag von den Arbeitern ausging, wurde er als Fantasmagorie (Trugbild, Schwindel) verachtet, aber diese Verteilung hörte auf, als gegen Ende des Jahres eines der größten Grubenbesitzer Englands, Sir George Elliot, als das einzige Mittel gegen die Wiederkehr einer Krise ein Kartell sämtlicher englischer Grubenbesitzer bezeichnete, das durch planmäßiges Anpassen den Bedarf einer Ueberproduktion und ihren Folgen vorbeugen sollte. Da er aber die berichtigten Wünsche kannte, brachte er gleichzeitig Maßregeln dagegen in Vorschlag. Um das Publikum vor Ausbeutung durch übermäßige Preissteigerung zu bewahren, sollte keine Preisänderung über eine gewisse Grenze ohne Genehmigung des Handelsministeriums stattfinden; und um die Interessen der Arbeiter zur Geltung zu bringen, sollten die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft an der Festlegung aller Arbeitsbedingungen teilnehmen.

Prof. Brentano fügte dem bei: Vergewöhnlichen wir uns aber einmal ein Kartell auf solcher Basis organisiert, so zeigt es uns die unstrittigen Vorzüge vor allen sozial-sozialistischen und sozialdemokratischen Problemen. Bei solcher Kartellierung der Industriezweige bleibt das Selbstinteresse der Produzenten und ihre Wirtschaft für eigenen Gewinn und Verlust nach wie vor die Grundlage der Wirtschaftsbewertung; nicht etwa besetzten Beamten wird die Produktion überantwortet, nicht also besteht die Gefahr, daß die Volkswirtschaft in kontinuierlichem Schwinden denfalls oder sich immer mehr abwärts den jetzigen entgegengesetzt; sondern wird den anderen Grundbedingungen unserer heutigen Wirtschaftsbewertung, der Beschäftigung unserer Betriebe in die Weltwirtschaft, Rechnung getragen; sei es durch internationale Abmachungen, sei es durch ein besonderes Deckungssystem der Produktionskosten; werden die Lebensbedingungen unserer auf die Ausfuhr angewiesenen Bevölkerung berücksichtigt.

Professor Dr. Adolf Wagner hat sich vor einiger Zeit in ähnlicher Weise ausgesprochen. Er sagte: Die regellose Produktion ist tatsächlich vom Uebel; dieselbe wird durch die Kartelle zu bestämpfen gesucht, und zwar mit nicht zu bestreitendem Erfolg. Ein weiterer Vorteil der Kartelle ist für die Arbeiter besonders wichtig. In Produktion und Absatz regelmäßiger, sind die Preisveränderungen geringer, so haben wir auch eine regelmäßige Beschäftigung für die Arbeiter und regelmäßige Lohnverhältnisse.

Die Wünsche der Kartelle einzubringen, werden andererseits Vereinbarungen der Konsumenten als geeignet erachtet. Wilhelm Berdwow-Berlin sagt in einem Artikel in der wissenschaftlichen Zeitschrift der W. G. vom 28. Dez. 1897: Es wird niemals einen stärkeren Damm gegen etwaige Herrschergehalte der kartellierten Produktion geben, als ein gleich starkes Syndikat von Konsumenten, welches in der Möglichkeit der eigenen Produktion ein unwiderstehliches Mittel besitzt, jedes in der Diktierung seiner Preise über die gerechten Grenzen hinausgehende Unternehmerkartell in seine Grenzen zurückzuweisen. In ähnlicher Weise äußerten sich auch andere Volkswirte. Prof. S. John, Innsbruck u. a. bekämpfte in einem 1900 veröffentlichten Vortrage die Kartelle und Ringe der Produzenten; er sieht die künftige Entwicklung darin, daß Konsumentengenossenschaften selbst die Produktion leiten.

Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, Mannheim 1905, hat Geheimrat Kirchhoff, einer der größten Unternehmer Deutschlands, ebenfalls der Gruppe der Abnehmer (Konsumenten) die Kartellierung angeraten. Einer dritten Gruppe, welcher der englische Unternehmer Elliot volle Berechtigung widerfahren ließ, (Anknüpfung der Arbeiterorganisation bei Kartellen u. Arbeitsbedingungen) wollte Kirchhoff das Recht, sich zu

parteilicheren, sich zu vereinigen, nicht zu erkennen: den Arbeitern. Professor Wagner hat Recht, wenn er sagt: Man muß auch der Gruppe der Arbeiter zusehen, daß sie sich organisieren darf, wobei der Produktions-Angewandte und Nachfrager parteilich sind, wie die Nachfrage nach Arbeit für: Wer ist, sich auch das Angebot der Arbeitskraft organisieren soll. Das sind auch die Forderungen aller fortgeschrittenen Sozialpolitiker, schon aus dem Grunde, weil starke Arbeiterorganisationen an sich schon produktionsregelmäßig und krisenmildernd wirken. S. P.

Kleinarbeit.

„Unschönbar dem Worte nach, aber unschönbar und von großer Bedeutung zur Erreichung unserer gewerkschaftlichen Ziele! Dies gilt, so schreibt uns ein Kollege, nicht nur von der Agitation, um den gewerkschaftlichen Gedanken unter die große Masse der gleichgültigen Arbeiterschaft zu tragen und sie für unsere Organisation zu gewinnen, sondern auch in bezug auf die Pflege der Statistik.“

Gewiß ist die Schaffung einer starken Organisation innerhalb eines Betriebes die erste Vorbedingung zu einer erfolgreichen Aktion. Mit Ungehörigkeit wird denn auch, ganz besonders in Orten, wo noch keine ernsthafte Bewegung durchgeführt worden ist, darauf hingewirgt. Äquatorisch wird hier in punkto Kleinarbeit mühsamer Großes geleistet. Das ist erfreulich und auch unbedingt notwendig. Kommt aber dann die Bewegung, auf welche die Arbeiterschaft in Hinblick auf ihre Organisationsverhältnisse große Hoffnungen setzte, dann werden sie mühsamer noch enttäuscht.

Während die Arbeitgeber gleich bei der Hand und auch in der Lage sind, mit Hilfe der höchsten Lohnauszüge herzustellen, steht die Arbeiterschaft meistens ohne jedes zahlenmäßige Beweismaterial da. Nur zu oft konstruiert dann der Unternehmer von den besten Arbeitern und von den am besten bezahlten Arbeitern hohe, sogenannte „Durchschnittslöhne“, mit denen er dann vor der Öffentlichkeit renommiert. Wie das auf die öffentliche Meinung — die unerschütterbare — wirkt, hat wohl schon manches Streikkomitee und mit ihm die Arbeiterschaft erfahren müssen. Dann erst kommt es den Kollegen zum Bewußtsein, welcher wichtigen Waise sie in ihrem gerechten Kampfe entbehren.

Ortsgruppen, welche in wenigen Wochen sich entwickelt haben und nach kurzem Bestehen auch schon in eine Bewegung gedrängt werden, kann man ja deswegen nicht verdammen. Umso mehr müssen sich aber die Ortsgruppen, welche sich einer ruhigen Entwicklung erfreuen, nach dieser Richtung hin betätigen. Freilich ist es eine mühselige Arbeit, aber auch eine fruchtbringende.

Darum sollte auch die Mahnung, welche den Delegierten auf der Augsburgener Generalversammlung mit auf den Weg gegeben wurde, energisch in jeder Ortsgruppe die statistischen Arbeiten in Angriff zu nehmen, nicht vergessen werden. Diese Mahnung galt in erster Linie den Ortsgruppenverwaltungen, indirekt aber auch den Mitgliedern. Denn auf ihre wahrheitsgetreuen Angaben baut sich die Statistik auf. Hier liegt aber meistens der Hase im Pfeffer.

Wie manche Anregung des Zentralvorstandes, manche Mahnung der Ortsgruppenleitung mag nicht schon an der Versäumnislosigkeit und dem Mißtrauen der Mitglieder geplatzt sein. Nicht einmal die einfachsten und bescheidensten Aufzeichnungen werden gemacht. So z. B. die Eintragungen in die Lohnbücher, welche nicht nur für den Verband, sondern auch für die Mitglieder selbst nützlich sind. Das letztere geht wieder recht deutlich hervor aus einem Bericht der Ortsgruppe Warmen in Nr. 47 unseres Jahrgangs. Umso mehr ist es zu bedauern, wenn immer wieder konstatiert werden muß, daß die Eintragungen vernachlässigt oder überhaupt nicht gemacht werden. Die allen bekannten Einwendungen: „Es lohnt sich nicht, die paar Pfennige einzuschreiben“, oder „Von Einschreiben wird auch nicht mehr Lohn“, sind nicht stichhaltig. Freilich, statistische Zahlen sind es nicht, welche die Textilarbeiter, ganz besonders in den abgelegenen Gegenden, eintragen können. Aber gerade deswegen bilden sie, statisch verwerthet, ein wirksames Kampfmittel. Manchem Arbeitgeber, welcher sich in seinem Irre durch reiche Stiftungen zu allen möglichen Zwecken mit einem gewissen Nimbus zu umgeben mußte, würde eine Veröffentlichung dieser Zahlen zu gegebener Stunde recht unangenehm sein.

statistisch verwerthet, ein wirksames Kampfmittel. Manchem Arbeitgeber, welcher sich in seinem Irre durch reiche Stiftungen zu allen möglichen Zwecken mit einem gewissen Nimbus zu umgeben mußte, würde eine Veröffentlichung dieser Zahlen zu gegebener Stunde recht unangenehm sein. Darum hinweg mit der Gleichgültigkeit und der Bequemlichkeit. Hinweg aber auch mit dem häßlichen Mißtrauen, welches manche Mitglieder veranlaßt, ihre Lohnbücher der Ortsgruppenleitung nicht zur Einsicht abzugeben. Dadurch wird ja eine umfassende und überblickliche Lohnstatistik illusorisch gemacht. Andererseits wird aber schließlich auch der eifrigste Vertrauensmann seines Amtes müde, wenn seine Anregungen ignoriert und seine Tätigkeit durch die Willkür des Mißtrauens beobachtet wird. Wo vielmehr einmal Grund zu Mißtrauen vorhanden ist, wird sich durch eine offene Aussprache mit berufenen Kollegen eine Verringerung herbeiführen lassen. Im übrigen aber helfe jede Kollegin und jeder Kollege redlich, einwandfreies statistisches Material herbeizuschaffen. Es sind nur Kleinigkeiten, welche in dieser Beziehung von den Mitgliedern gefordert werden, aber sorgfältig zusammengetragen und verarbeitet bilden sie ein nicht zu unterschätzendes Beweismittel im Kampfe mit den Unternehmern.

Der Vertrauensmann.

Man schreibt uns aus Kollegenzirkeln: Wirtschaftliche Krisen und bevorstehende Beitrags-erhöhung sind zwei Momente, die solchen Arbeitern, die zwar der Organisation angehören, aber die große Wichtigkeit derselben für die Arbeiterschaft noch nicht richtig erfaßt haben, zum Austritt aus der Organisation Veranlassung geben. Sie treten aus, schwächen dadurch das Heer der um Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter und stellen sich zu jener großen Masse indifferenten Arbeiter, die allein die Schuld trägt an dem so langsamem Aufstieg der Arbeiterklasse.

Wer ist nun zunächst berufen, diesen gewerkschaftlichen „Deserteuren“ das Schädliche, ja sogar Verderbliche ihres Austritts vor Augen zu führen? Es ist der Vertrauensmann, der Vorarbeiter der Gewerkschaft. Er kennt den Fahnenflüchtigen, er steht mit ihm in direkter Verbindung, er hat ihm bisher das Verbandsgeld gebracht, die Beiträge einfließen, er hat mit ihm über den Verband, dessen Bestrebungen und Einrichtungen gesprochen, er ist auch am ehesten in der Lage, den Widersprechenden der Gewerkschaft und dadurch der Arbeiterbewegung im allgemeinen zu erhalten. Der Vertrauensmann ist aber nur dann im Stande, sein wichtiges aber unheimlich schwieriges Amt voll und ganz vorstehen zu können, wenn er selbst die Größe und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bestrebungen richtig erkannt hat und wenn er sich durch stete Weiterbildung jene Kenntnisse angeeignet, die ihm bei den Kollegen eine gewisse Heberigkeit und Autorität sichern. Der Vertrauensmann, der sich weiterbildet, lernt die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Zusammenhang verstehen. Für ihn gewinnt die Gewerkschaftsbewegung eine immer größere Bedeutung. Er lernt sie schäfer als eine für den vorwärts strebenden Arbeiterstand absolut notwendige Standesbewegung, ohne die keine durchgreifende Hebung des Arbeiterstandes denkbar ist.

Hat der Vertrauensmann diese große Bedeutung erkannt und hat er die Wichtigkeit der ihm zugewiesenen Funktionen richtig erfaßt, dann wird er seine Tätigkeit für die Organisation in einem ganz anderen Lichte erschauen. Er wird alles tun, um den ihm unterstellten Mitgliedern die Zugehörigkeit zur Organisation lieb und leicht zu machen. Er befragt ihnen pünktlich die Verbandszeitung, auf interessante oder wichtige Artikel jedesmal hinweisend. Er ladet sie persönlich zu den stattfindenden Versammlungen ein und ist nicht zurück, wenn sie nicht alle erscheinen. Er jagt die Wünsche der Mitglieder, soweit sie erfüllt werden können, beim Vorstande zu verorten. Er stellt sich in keiner Vertrauensmann-Versammlung und beirät mit dem Vorstande die vorzunehmende Agitation oder die sonstigen

Verbandsangelegenheiten. Kurz, er weiß, daß er eine der wichtigsten Stellen, wenn nicht die wichtigste, im Gewerkschaftsleben auszufüllen berufen ist, und er handelt darnach. Er würde es nicht verübeln können, wenn durch seine Schuld ein Arbeiter der Organisation entfremdet würde, oder wenn er die Möglichkeit, einen Arbeiter dem Verbande zuzuführen, verjährt hätte. Er wird arbeiten und handeln für die ihm lieb und wert gewordene Organisation. Er kann nicht anders, er sagt sich: „Mich reut die Stunde, die nicht hartnäckig trug, „Mich reut der Tag, der keine Stunden schlug, „Mich reut, ich sag es mit zerknirschtem Sinn, „Daß ich nicht dreifach lähn gewesen bin.“

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten. Nachen.

Zur Frage des Zweifelhaftheits. Bekanntlich wurden im März d. J. zwischen dem Arbeitgeberverbande der Textilindustrie zu Nachen und dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands Bezirk Nachen folgende Vereinbarungen für die probeweise Einführung des Zweifelhaftheits getroffen.

- 1. Wegen Einführung des Doppelfußes dürfen keine Arbeitsentlassungen stattfinden.
2. Komplizierte Arbeiten dürfen auf dem Doppelfuß nicht verwehrt werden. (Die Artikel, die für den Doppelfuß verfaßt werden sollen, sind in dem Schreiben an den Herrn Oberbürgermeister festgelegt.) Nach diesem sollen Versuche gemacht werden in folgenden Artikeln: Corekreuz, Crepe, achtschichtige Samtgarn, sogenannte sechschichtige Twills, Drapés, Satinware.
3. Der Doppelfußweber muß bei Akkordarbeit seinen Durchschnittsverdienst des letzten Jahres und 20 Prozent von diesem Durchschnittsverdienst als Mindestlohn verdienen.
4. Arbeitet der Weber auf dem Doppelfuß in Tagelohn, so erhält er den Durchschnittslohn des letzten Jahres und 15 Prozent als Mindestlohn.
5. Es sollen die als Doppelfuß verwendeten Maschinen mit Schutzwächtern versehen sein und die Webeeinrichtungen dergefaßt getroffen werden, daß der Weber oder die Weberin am Doppelfuß in der Lage ist, ununterbrochen zu weben.
6. Nach der Versuchzeit (2 Jahre) wird das Schiedsgericht zusammenzutreten und weitere Bedingungen festlegen.

Eine Mitgliederversammlung unseres Verbandes, welche am 30. März ds. Js. im Zoologischen Garten stattfand, beschloß diese Bedingungen zu akzeptieren. Eine Reihe von Tuchfabrikanten haben daraufhin versuchsweise den Doppelfuß eingeführt. Im Laufe der verflochtenen Monate sind nun in einer Anzahl von Betrieben Uebererhebungen der oben genannten Vereinbarungen vorgekommen. Die Arbeiter beschwerten sich über die Artikel, welche auf den Doppelfuß verwehrt werden, des ferneren über die hohe Lohnzahl der Stühle in einzelnen Betrieben, sowie über die Art der Lohnberechnung, wie sie durch einzelne Firmen erfolgt.

Der christliche Textilarbeiterverband hat es nicht unterlassen, Beschwerde zu führen und Schritte zu unternehmen, um die Mißstände zu beseitigen.

In den letzten Wochen ist von Seiten des christlichen Textilarbeiterverbandes das Schiedsgericht für Streitigkeiten in der Textilindustrie zu Nachen, beim Oberbürgermeister als dessen Vorsitzenden angerufen worden, und sollen die oben genannten Beschwerden am Schiedsgericht zur Verhandlung kommen. Vor dem Zusammentritt desselben wird eine Untersuchungskommission des Arbeitgeberverbandes, zu welcher der Gewerke- und Geh. Regierungsrat Storp und der Bezirksleiter des christlichen Textilarbeiterverbandes zugezogen werden, die Verhältnisse in den in Betracht kommenden Betrieben feststellen und untersuchen.

Besonders gelingt es, in der Doppelfußfrage ein für die Arbeiter annehmbares Einverständnis zu erzielen.

Die Lohnverschlechterung abgewehrt. In der vorigen Nummer berichteten wir von einer geplanten Lohnreduktion von 10% von Seiten der hiesigen Seamtirma Wollau u. Leender. Nachdem die Arbeiter in einer gut besuchten Versammlung geschlossenen Protest erhoben, welcher dem Firmeninhaber übermittelte wurde, hat letztere die 10%ige Reduktion zurückgezogen. Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß die Seamtfirma eine Erhöhung der Lohnzahl, womit ja obige Firma ihr Vorgehen rechtfertigen wollte, durchaus nicht wünschen, da dies weder für Arbeiter noch Arbeitgeber von Nutzen sein kann, vorausgesetzt, daß der jetzige Lohn bestehen bleibt. Außerdem ist doch wahrhaftig die Arbeitskraft der Seamtfirma demart angepannt, daß es schon aus Menschlichkeitsrücksichten geboten ist, eine weitere Anspannung zu unterlassen, soll nicht die Gesundheit der Arbeiter total ruiniert werden.

Schreihheim-Dillingen.

Ein von dem christlichen Textilarbeiterverband geführter Streik in der Webfabrik Schreihheim-Dillingen (Bayern) hat der sozialdemokratischen Presse Veranlassung gegeben, auf diesen Verband und seinen dortigen Bezirksleiter nach allen Regeln sozialdemokratischer Fechtkunst loszuschlagen. Die Wassen hierzu liefert ihnen das Direktorium der genannten Webfabrik durch mehrere direkt unwahre oder entstellte Berichte in der süddeutschen Presse. Obwohl sonst die Sozialdemokratie alles, was von Unternehmenseite kommt, als „gemeine Lüge“ und „brutale Arbeiterknechtung“ bezeichnet, hält sie doch in diesem Falle alle Behauptungen der Unternehmung für bare Münze. Unternehmern und Genossen sind die getreuen Alliierten, um den christlichen Textilarbeiterverband durch die Gasse zu ziehen.

Zur Steuer der Wahrheit sei folgende kurze Sachverklärung gegeben: Es handelt sich bei dem Streik in der Webfabrik Schreihheim-Dillingen um die Wiederherstellung einer gefälligen Weberfamilie: Mann und Frau. Es fanden Verhandlungen statt, die schließlich zu dem Ergebnis führten, daß die Firma sich bereit erklärte, das Schwere wieder einzustellen. Dagegen sollte der Verband die Kosten für den Nachtransport ungarischer Streikbrecher übernehmen; letztere befanden sich bereits unterwegs. Die Verhältnisse lagen so, daß unser bei den Verhandlungen anwesender zweiter Vorsitzende diese Bedingung übernehmen zu können glaubte, um die Sache für die Arbeiter zu einem einigermaßen befriedigenden Abschluß zu bringen.

Das Tragen der Kosten konnten wir um, so eher übernehmen, als ja in der Regel bei Lohnkämpfen die Organisation die Kosten für Zurückhalten der Arbeiterwilligen tragen muß. Ein in das Protokoll seitens der Firma aufgenommenen Passus, daß „der Verband sich verpflichtet, gelegentlich der Besprechung dieser Bewegung in der Presse zum Ausdruck zu bringen, es seien von seiner (Verbands-) Seite Unrichtigkeiten und Uebererhebungen vorgekommen“, fand entschiedenen Widerspruch unseres zweiten Zentralvorsitzenden. Dieser gab die Erklärung ab, daß an diesem Passus die Verhandlungen scheitern würden. Als am Schluß der Verhandlungen das Protokoll zur Verlesung kam, fand dieser Passus keine Erwähnung mehr, es mußte unsererseits also angenommen werden, daß dem Protokoll stattgegeben und der „Preparatograph“ fallen gelassen sei. Der Assessor des Bezirksamtmanns, der den Verhandlungen bewohnte und die Protokollführung übernommen hatte, mußte später zugeben, daß er beim Verlesen den ominösen Preparatoraphen „übersehen“ habe. Ein Duplikat des Protokolls wurde nicht sofort angefertigt Abends fand eine Versammlung der Streitenden statt; diese beschloß auf Grund des Resultats der Verhandlungen, die Arbeit am nächsten Montag wieder aufzunehmen. Unser zweiter Vorsitzende reichte am andern Tage wieder in die Heimat, da nach den Verhandlungen und dem Versammlungsbeschluß er annehmen mußte, die Sache sei beigelegt. Nachträglich haben jedoch ohne Wissen unserer Zentralleitung erneut Verhandlungen stattgefunden und da ist

„Freunde“ der Arbeiterinnen.

Von einer Kollegin.

Als eine „ungeheure Gefahr“ für die gesamten Textil- und Konfektionsbranchen bezeichnet der „Sozialist“ die von der Kommission des Reichstages gefaßten Beschlüsse bezgl. Arbeitszeitverkürzung und Schutz der Arbeiterinnen. „Die Arbeiterinnen wollen gar keinen „Schutz“, sondern „Verdienst“, jagt der Verfasser des Artikels. „Unsere Industriellen, die Seifen-Industriellen sind, müssen vor allen Dingen die Möglichkeit haben, in den Saisonzeiten ihre Arbeiten betreiben zu können. Nachher, in der stillen Zeit können sie (die Arbeiterinnen) sich helfen, soviel sie wollen.“ — Da haben wir wieder einen Beweis von der Art und der Menschlichkeit der Arbeiterin. Nicht einen Augenblick mit Bedauern sieht man in der Arbeiterin, sondern eine Arbeitsmenschin, die bis zum Zusammenfallen zu dienen hat.

Fast noch härter einem die Marie aus Arbeitergewerkschaft vorkommen, die Arbeiterinnen wollen gar keinen „Schutz“. Fragt sie mal, die vielen kampfbereiten Arbeiterinnen, welche oft angefragt in harten Geschäftsjahren mit fast übermenschlicher Ausdauer noch überleben machen müssen, müde, mühsam, ob ihre Gesundheit darunter leidet oder ob ihnen durch den späten Arbeitsanfang beim nach Hause gehen Gefahren in höherer Beziehung drohen. Fragt sie mal, ob sie nicht dankbar den gebotenen Schutz annehmen würden, wenn sie die Schwere hätten, daß nicht ganz dem guten Geschäftsgang eine tugendhafte tote Saison folgen würde, deren Mangel der Arbeitgeber möglichst auszunutzen ist — die Arbeiterin sagt auch die vielen aus der Maschine arbeitenden Frauen und Mütter, ob sie keinen „Schutz“ wollen, um sich wenigstens ein Stündchen erholen, um sich ihren Kindern, ihrer Familie widmen zu können. Doch wir dürfen nicht vergessen, daß ein Arbeitgeber sich also äußert, der die ganze Angelegenheit von rein geschäftlichen Standpunkt aus betrachtet für uns Arbeiterinnen ist es aber wieder eine ernste Mahnung, unabhinglich nach geschäftlichen Arbeiterinnen und Arbeitszeitverkürzung zu drängen. Damit werden

Anschauungen, die Arbeiterinnen wollen gar keinen „Schutz“ am besten widerlegt.

Und protestieren muß aber jede christliche Arbeiterin, wenn von Leuten, die sich Freunde oder Retter der arbeitenden Klassen nennen, aus rein agitativen Gründen Forderungen gestellt werden, die zur Zeit noch unerfüllbar sind, jedoch das augenblicklich Erreichbare besonders für Arbeiterinnen ablehnen. Daß heute die Forderung auf Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiterinnen nicht realisierbar ist, wissen die Herren „Genossen“ ganz genau. „Wir haben für den geplanten Kampftag für verheiratete Arbeiterinnen gestimmt, weil durch die Differenzierung zwischen verheirateten und unverheirateten Arbeiterinnen erstere die Arbeitslosigkeit ergriffen würde“, jagen die Sozialdemokraten in der Reichstagskommission. Nach dieser Begründung ist überhaupt jeder Arbeiterinnenanspruch unmöglich. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, ist schließlich jede diesbezügliche Forderung eine Forderung der Arbeiterinnen im allgemeinen und der verheirateten Frauen im besonderen. Denken wir nur an den Saisonmangel und die enorme Mittagspause für Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu betreiben haben.

Uebrigens bedeutet der Sechsstundentag für verheiratete Frauen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage, für die ja die „Genossen“ auch gestimmt haben, nicht auch eine Differenzierung? Geradezu in höchster Weise verwerflich ist die sozialdemokratische Haltung ihrer Parteigenossen zu verzeichnen. So schreibt z. B. die sozialdemokratische „Wahlhamer Volkszeitung“ in Nr. 275, die Kommissionenmitglieder hätten nur für den Sechsstundentag gestimmt mit der Absicht, es bestmöglich zu bringen, daß die Reinigungsarbeit in den Fabriken, die jetzt z. B. in den elbischen Fabriken noch am Sonntag gehen wird, am Sonntag besorgt werden muß. — Ob die „Genossen“ wirklich nicht wissen, daß die Sonntagarbeit in Fabriken schon so lange gesetzlich verboten ist, es also hierfür nicht der Einführung eines Sechstundentages für verheiratete Arbeiterinnen bedarf? — Doch aber sozialdemokratische Retter bezgl. Arbeiterinnenfrage eines Tages sind mit den Elementen aus Arbeitergewerkschaften, welche die letzte Segnung empfangen, die Arbeiterinnen wollen

gar keinen „Schutz“, beweist der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen, indem er sich schärf gegen das geplante Verbot der Arbeit von Arbeiterinnen an Bauten äußert. Man muß selbst Gelegenheit gehabt haben zu sehen, wie in Bayern junge Arbeiterinnen an einem dreistündigen Neubau Handlangerdienste leisten, wo der Maßstab von Zeit zu Zeit die Munde macht, und man wird die schweren körperlichen und sittlichen Gefahren einer derartigen Beschäftigung voll zu würdigen verstehen.

So lernt die Arbeiterin ihre wahren Freunde immer mehr kennen. Machen wir auch unsere Mitarbeiterinnen auf diese eideckten „Beschüßer“ aufmerksam, damit ihre Taten nicht unbeachtet bleiben. Noch einmal aber an alle Kolleginnen die Bitte, trotz unserer „Freunde“ von unten und oben nicht nachzulassen mit dem Kampfe nach gesetzlichem Arbeiterinnen- und vor allem Mutterrecht. Der Stolz jeder christlichen Arbeiterin muß es sein, daß dasjenige, welches für die Arbeiterinnen gemacht wird, auch durch dieselben gemacht wird.

Aus der Spinnerei.

Es ist schon wiederholt angeregt worden, sachliche Artikel in der Gewerkschaftspresse zu bringen, die praktischen Erfahrungen solcher Arbeiter, die lange Jahre in ihrem Berufe tätig gewesen, zum Besten ihrer jüngeren oder weniger erfahrenen Kollegen. Es ist dies in unserm Organ der „Textilarbeiter-Zeitung“ nur bezüglich der Weber eingetreten. Ich will uns versuchen, dies auch bezüglich der Spinnerinnen zu tun. Die Sache ist für einen Arbeiter wohl recht schwierig, besonders, je allgemeiner verständlich darzustellen, da ja fast in jeder Fabrik andere Bedingungen für die gleichen Maschinenanteile und die einzelnen Arbeiten gang und gäbe sind. Möchte voranschicken, daß ich nur von der Kammergarnspinnerin sprechen kann, weil ich sonst nirgends gearbeitet habe.

sich dabei nicht in der Weise abhebt, daß er vor der Zeit arbeitsunfähig wird.

Erste Voraussetzung ist natürlich, daß der Spinner seine Maschinen gründlich kennen zu lernen sucht. Er muß nicht bloß mit den Händen, sondern auch mit dem Kopf arbeiten. In erster Linie ist darauf zu sehen, daß die Stühle (oder wie man anderswo sagt) leicht laufen und in entsprechender Schnelligkeit. Das ist nun zum großen Teil Sache des Meisters, der in fehlendem Falle darum angegangen werden muß. Doch kann auch der Spinner zu diesem Zwecke viel beitragen, z. B. daß er die Riemen stets sauber und trocken hält, dafür sorgt, daß sie nicht durch übermäßiges Schmierer allzusehr mit Öl durchtränkt werden. Ist letzteres der Fall, namentlich bei alten Riemen, so bedürfen dieselben vor allem der größtmöglichen Spannung, wenn sie nicht schleifen sollen. Sie müssen fleißig abgeputzt werden, was am besten mit sogenannten Klattchen, d. h. feine Drahtbürsten, geschieht. Auch Klappen sind geeignet. Zur möglichen Trodnung derselben ist Gips ein vorzügliches Mittel, auch Steintreib. Die vielfach angewendeten Alchemittel, Polphonium und dergl., haben nur eine vorübergehende Wirkung und verurachen ein baldiges Strecken der Riemen, wodurch sie in allzu kurzer Zeit wieder locker werden. Sie sind deshalb nur ausnahmsweise bei neueren Riemen zu empfehlen. Auch ist ein zu straffes Anspannen der Riemen keineswegs von Vorteil, da das, was beim Herauslaufen des Wagens etwa profitiert wird, durch langsameres Abwenden wieder verloren geht.

Dann ist auf Abwend- und Auszugdräusen oder Fraktionen, das sind die mit Leder überzogenen Scheiben, große Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist hier das Gleiche zu beachten, wie bei den Riemen. Namentlich ist es falsch, die Leerläufe zu oft und zu hart zu ölen, die Schmierdräusen bis zum Herauslaufen zu ölen. Lieber öfter ölen, als viel auf einmal. Täglich einmal genügt gewöhnlich. Weiter ist auch ein gar zu tiefes Hineinrücken der Abwendbremsen zum Zwecke schnelleren Abwendens nicht zu empfehlen, da dadurch die Maschinen schwerer laufen und was durch dieses profitiert wird, durch langsameres Weglaufen wieder verloren geht. Schnelleres Abwenden kann besser erreicht werden durch größere Federpannung und größeren Druck. Dazu ist darauf zu sehen, daß die Zwirnseile nicht

das Protokoll in seinen wesentlichen Teilen zu Gunsten des Unternehmers abgeändert worden. Die Firma hat sich also an den ersten Abmachungen nicht gehalten und hat den Arbeiterratschluß zu bewegen gewußt, das abgeänderte Protokoll zu unterschreiben. Aber auch dieses Protokoll unterlag nach seinem letzten Paragraphen der Genehmigung des Zentralvorstandes. Dieser bekam von dem abgeänderten Protokoll erst einige Wochen später Kenntnis und hat sofort seine Zustimmung verweigert. Nun behauptet die Firma, der Verband sei vertragsmäßig geworden. Tatsächlich hat die Firma das Votum unserer Zentralleitung gar nicht abgewartet. Sie wäre dazu umso eher verpflichtet gewesen, als sie mit unserem zweiten Vorständigen Vergleichsbedingungen abgeschlossen hat, die ganz anders als die umgeänderten lauteten. Auf welcher Seite ein Vertragsbruch liegt, ist nach dieser wahrheitsgetreuen Darstellung nicht schwer zu entscheiden. Allerdings hätte das zweite Protokoll nicht unterschrieben werden dürfen. Aber es mag als Entschuldigend gelten können die ungemein schwierige Position der Streikenden. Unternehmern und Amtmann und sogar Kreise, die der christlichen Arbeiterschaft nahe stehen, arbeiteten den kämpfenden Proleten entgegen. In dem Betriebe standen sogar noch mehrere sozialdemokratisch organisierte Arbeiter, die in dem Geschäft Arbeitswilligendienst tun durften, weil sie ihre Organisationszugehörigkeit gegenüber dem Direktor verweigerten. Durch dieses und durch die lange Dauer des Kampfes war die Stimmung der Streikenden um mehrere Grad gesunken. Dazu war ein großer Transport Arbeitswilliger unterwegs. Der Kampf drohte also mit einer völligen Niederlage zu enden und mehr denn hundert Arbeiter hätten auf der Straße gelegen.

Ueber das Verhalten der Firma enthalten wir uns vorläufig jeder Meinungsäußerung. Es sei nur festgestellt: Es wurde in der ersten Vergleichsverhandlung beim Verlesen der Bedingungen der „Preßparagraph“ nicht erwähnt, obwohl derselbe, wie später gesagt wurde, trotz unseres Protestes nicht fallen gelassen war. Dadurch war unser Vertreter — ob wissentlich oder ohne Absicht soll nicht untersucht werden — irre geführt. Die Firma ändert nachträglich den Vertrag mit Hilfe des Ausschusses, obwohl sie mit unserem offiziellen Verbandsvertreter die Bedingungen bereits abgeschlossen hatte. Sie veröffentlicht die Verhandlungen in der Presse, ohne den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Sie beschuldigt uns des Vertragsbruchs, obwohl sie das Votum des Zentralvorstandes noch gar nicht abgewartet hatte. Sie beruft sich dabei in der Presse auf das Protokoll vom 13. Okt., obwohl das Protokoll dieses Datums nachträglich von der Firma zu ihrem Gunsten geändert wurde. Nach diesen Leistungen braucht man über die Wahrhaftigkeit der Fabrikdirektion nichts mehr zu sagen. Aber das sei noch erklärt, daß in unserer langjährigen Erfahrung uns ein solches Verhalten noch von keiner Firma vorgekommen ist.

Man beurteile hiernach auch das Verhalten der sozialdemokratischen Presse. Wir wissen, daß auch durch diese Darstellung der Hege von dieser Seite keine Einhalt getan wird. Den Gegner stumpflos heruntorzureißen, ist deren Metier. Aber wir streifen solchen Leuten das Recht ab und die Fähigkeit, über einen christlichen Verband und seinen Beamten ein Urteil zu sprechen, die freitende Mitglieder nach der Armenverwaltung schicken, die einen „Provisionsreisenden“ sendet, einen Klein-Klein, der sich der Firma Du Mont gegenüber vertraglich verpflichtete, gegen eine Vergütung von 25 Mk. monatlich, nichts mehr gegen sie zu unternehmen, und Verbände in ihren Reichen bilden, die sich ihren Arbeiterrat gerichtlich beschleunigen lassen müssen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Barmen. An Stelle des Kollegen Schiffer referierte Kollege Heumann in unserer außerordentlichen Ortsgruppenversammlung am 28. Nov. über die Frage: „Sind wir leistungsfähig und bleiben wir leistungsfähig?“ Die Leistungsfähigkeit unserer Or-

ganisation besetzte der Redner durch Zahlenmaterial, zeigte aber auch, daß eine Erhöhung der Beiträge unbedingt nötig sei, um unsere Leistungsfähigkeit zu erhalten und in Zukunft noch zu erhöhen. Die Versammlung dokumentierte durch ihren Beschluß: vom 1. Januar 1909 ab die Beitragsverhöhung durchzuführen und ab 1. April auch den wöchentlichen Lokalaufschlag von 5 Pfennig weiterzugreifen, daß sie von der Notwendigkeit der Stärkung unserer Kriegskasse überzeugt ist, und daß die Barmen Kollegen, was Opferwilligkeit anbelangt, sich von anderen Kollegen nicht übertreffen lassen wollen. Die Kollegen und Kolleginnen werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher bis zum 1. Januar in Ordnung zu bringen.

Delmenhorst. In unserer Versammlung vom 22. Nov. referierte Kollege Hartmann-Panburg über das Thema: „Warum gründeten wir christliche Gewerkschaften?“ Die meißterhafte Rede löste vielen Beifall aus. In der Diskussion meldete sich „Gonosse“ Schmidt, der in seiner Rede für die Erheiterung der Versammlung sorgte. Mitterweile ersahen unser Zentralvorstandender Schiffer, und der Kollege Wornis-Bremen fertigte den Genossen kurz und treffend ab. Kollege Schiffer sprach über Ursachen und Wirkungen der Krise und über die Mittel zu ihrer Milderung. Der Vortrag fesselte von Anfang bis zum Schluß, welches auch der stürmische Beifall bewies. Mit einem Schlußwort des Kollegen Hartmann fand die schöne Versammlung ihr Ende.

Dersflage. Da hier an Orte viele ausländische Arbeiter, besonders aus Cöthen und Umgebung beschäftigt sind, hatte der Vorstand unserer Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung nach Mittel-agger einberufen, um die Arbeiter über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aufzuklären. Trotz des strömenden Regens hatte sich eine verhältnismäßig stattliche Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen eingefunden. Die Versammlung hat ausfallend gewirkt und zur Beseitigung mancher Vorurteile beigetragen. Dem Wunsche mehrerer Versammlungsbesucher, demnächst wieder einen Vortrag halten zu lassen, werden wir gerne nachkommen. Aufgabe unserer dortigen Mitglieder wird es nun sein, durch eifrig betriebene Agitation die noch unorganisierten Arbeiter unserem Verbands zuzuführen.

Erzenbach (Pfalz.) Unsere Generalversammlung am 28. November war wiederum schwach besetzt. Kollege Kohnmeyer verlas den Kassenbericht. Er gab uns einen genauen Einblick in die Einnahme- und Kassenführung. Alles wurde in besserer Ordnung gefunden und ihm Rechnung erteilt. Alsdann erstattete Kollege Kuhn Bericht über einige wichtige Beschlüsse der Augsburger Verbandsgeneralversammlung. Als Antwort darauf wurde der Beschluß gefaßt, vom 1. Januar resp. 1. April ab in die erhöhte Beitragsklasse einzutreten. Die statutenmäßig auszuweisenden Vorstandskollegen Zimmer und Kuhn wurden mit großer Majorität wiedergewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ gab uns der Vorsitzende sehr lehrreiche Winke über die Funktionen der Vertrauensmännerkontrollen. Mit einem Referate des Kollegen Kuhn über die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1868 wurde die Generalversammlung beendet.

Schwäge. Am 24. November hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung für christlich-nationale Arbeiter und Arbeiterinnen ab, zu welcher außer Mitglieder des katholischen Arbeitervereins auch Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende Worte der Versammlung eröffnet hatte, erteilte er das Wort dem Kollegen Klütgen aus Hannover, welcher zum ersten Mal hier in unserm Bezirk unsere Versammlung besuchte. In einstündiger Rede referierte derselbe über das Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in der Zeit der Krise.“ Darauf nahm der anwesende hochwürdige Herr Pfarrer Kiepler das Wort und forderte die Anwesenden auf, dem Wunsche des Referenten nachzukommen und den Gewerkschaften und Arbeitervereinen beizutreten. Es sei eine heilige Pflicht der Arbeiter, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.“ Nachdem noch eine lebhafte Diskussion zwischen den Anwesenden stattgefunden hatte, schloß Vorsitzender Klotze die Versammlung. Es meldeten sich zehn Teilnehmer zur Aufnahme.

Sronau. In der Generalversammlung am 22. November referierte Kollege Sparenberg über den Krankentassenvertretertag in Münster. Kollege Schreiber machte einige Ergänzungen. Die Versammlung erklärte sich mit den in Münster gefaßten Beschlüssen in bezug auf die Reform der Arbeiterversicherung einverstanden. Die Wünsche sollen in einer Resolution dem Reichstage überwiesen werden. Kollege Kesthoff gab den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde demselben Entlastung erteilt. Darauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Ueber die Vertrauensmännerfrage wurde rege diskutiert. Hauptsächlich sind die Anregungen von bleibendem Nutzen. Es wurde nun über die geplante Aktion zur Erhöhung des ortsbildlichen Tagelohnes beraten. Beschlossen wurde, gemeinsam mit den konfessionellen Arbeitervereinen vorzugehen.

Zum Schluß wurde über die vom 1. Januar ab zu zahlenden Beiträge beraten. Einstimmig erklärten sich die Anwesenden dafür, vom 1. Januar 1909 ab den erhöhten Beitrag zu zahlen.

Seef. Am 20. Nov. fand hier eine sehr gut besuchte Vorstand-, Vertrauensmänner- und Agitatorenversammlung statt. Es wurde unter anderem beschlossen, eine Hausagitation zu veranstalten. Die hat bereits stattgefunden. Der Erfolg war groß, denn an diesem Tage wurden 15 neue Mitglieder für den Verband gewonnen. Ge wisig ein freudiges Ergebnis für unsere Ortsgruppe und ein Beweis, daß die Seidenweber von Seef den richtigen Weg zur Hebung ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage gefunden haben. — An Arbeit fehlt es hier zwar nicht, aber der Lohn ist sehr gering, das Material vielfach so schlecht, das 14-tägige Löhne von 10-15 Mark und noch weniger durchaus keine Seltenheiten sind, und wenn nun die Arbeiter sich beklagen, dann bekommen sie als Zulage gewöhnlich die höhnische Antwort: „Ihr tut ja auch nicht arbeiten, ihr tut ja nichts.“ Daß der Arbeitgeber unter diesen Umständen ein guter Agitator für den Verband ist, ist selbstverständlich. Darum an die Arbeit, ihr Vertrauensmänner, ihr Agitatoren, für den Verband, auf daß wir werden ein einzig Volk von Brüdern, das treu zusammenhängt in Not und Gefahr.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß am 18. Dez., nachmittags 4 Uhr hierseits eine

Versammlung stattfindet; in dieser wird Kollege Pider aus Hede einen Vortrag halten.

St. Gallen. Am 28. Nov. 1908 zu St. Gallen a. Rhein. Angeklagt war erster der Gauleiter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes August Steinbrink-Dillendorfer wegen Verleumdung, Bestechung und Mißhandlung mittels eines Stodes, zweitens der Weber Leonh. Smets-Mülheim a. Rhein, drittens anderer Verbands wegen Verleumdung. Steinbrink hatte den Rechtsanwalt Schrammen I als Rechtsbeistand, Smets den Rechtsanwalt Heiberg-Mülheim a. Rhein.

Steinbrink ist am 7. Nov. 1879 zu Elferseld geboren, Religion: Katholik. Auf die Frage des Richters, ob er vorbestraft sei, antwortete er: „Nein, daß ich wüßte.“ Richter: „Sind Sie nicht im Jahre 1904 wegen Hausfriedensbruch mit 50 Mk. bestraft worden?“ Steinbrink: „Da war ich noch ein Kind, ein Schuljunge, (I) wegen einer Javalidenkarte.“ Richter: „Sind Sie nicht im Jahre 1907 wegen Verleumdung bestraft worden?“ Steinbrink schweigt.

Smets ist am 30. Januar 1868 zu Elmpt geboren, katholisch und nicht vorbestraft. Steinbrink erzählt hierauf den Vorgang der Sache folgendermaßen: Am 30. Juli habe der „freie“ Verband eine Versammlung in Mülheim abgehalten, um gegen eine Lohnreduzierung bei der Firma Andrae vorzugehen; zu dieser Versammlung sei er als Referent eingeladen worden, der Weber Smets sei auch dort erschienen. Fahrndrach, der christliche Bezirksleiter, habe zuerst gesprochen und ihn angegriffen, worauf er sich verteidigt habe. Da hätten die Christlichen ihn ständig unterbrochen. Nachdem die Versammlung geschlossen sei, wäre Smets, welcher in der äußersten Ecke gesessen habe, zum Vorstandstisch gekommen und habe ihn ohne Grund einen Lügner geschimpft. Er (Steinbrink) sei fortgegangen, der Smets habe ihn aber verfolgt und fortwährend Lügner gerufen. Er habe sich das beherzt, Smets habe aber weiter geschimpft, da habe er gesagt: „Wenn Sie jetzt nicht ruhig sind, dann gebe ich Ihnen einige hinter die Ohren.“ In einer Versammlung bei Schneider habe er Smets einen Verleumder genannt, Smets sei aber dort nicht anwesend gewesen. Etwa 15 bis 20 Mal habe Smets Lügner gerufen. Gestohlen habe er Smets nicht.

Smets erzählt hierauf den Vorfall folgendermaßen: Am 30. Juli wäre eine Versammlung von beiden Verbänden (sozialdemokratisch und christlich) von den Arbeitern der Firma Andrae im „Balsambrau“ einberufen worden. Hierzu sei Steinbrink als sozialdemokratischer Gauleiter und er (Smets) als Arbeiter der Firma erschienen. Steinbrink habe zuerst gesprochen; derselbe habe fast gar nicht zu den wirtschaftlichen Fragen gesprochen, sondern sei gleich auf das Religiöse und Politische übergegangen. Die Überzeugung der meisten Arbeiter habe Steinbrink direkt berlegt und beschimpft. Die Versammlung war daher sehr sehr aufgebracht gewesen und habe Steinbrink mit Gewalt am Redertische gehindert. In diesem Tumult habe er (Smets) sich nicht beteiligt, er sei vom Vorstand beauftragt worden, einen Bericht von der Versammlung zu machen. Er habe deshalb Notizen gemacht. Nach der Versammlung sei er zu seinem Freunde Fahrndrach gegangen, um mit diesem zu sprechen und hinauszugehen. Nun müßten sie an den Tisch vorbeikommen, wo Steinbrink lag; hier habe er gerade gehört, wie Steinbrink zum Höher sagte: „Es ist doch eine Gemeinheit, wie der Smets bei der letzten Gewerkschaftsversammlung in Verleumdungen über mich losgezogen.“ Er habe Steinbrink sofort gefragt, er solle ihm sagen, in welcher Versammlung er was über ihn gesagt habe. Steinbrink antwortete: „Dahende seiner Freunde hätten ihm das gesagt, worauf er (Smets) gesagt habe, dann habe seine Freunde dich belogen, worauf Steinbrink rief: „Ehender Verleumder, und er (Smets) Steinbrink einen gemeinen Lügner genannt habe. Darauf sei Steinbrink um den Tisch herumgesprungen und habe ihn zweimal mit der rechten Faust unter das Kinn gefloßen. Alsdann habe Steinbrink den Stuhl ergriffen, sei aber am Schlägen durch das Davonhinspringen anderer verhindert worden. Hierzu habe er mit seinem Freunde Fahrndrach das Lokal verlassen. Als erster Zeuge wird Herr Weyer, Schriftführer der hiesigen roten Textilarbeiterverbandes-Filiale benommen. Nachdem derselbe vereidigt worden war, sagte er unter anderem folgendes aus: Während der Ausführungen von Steinbrink habe Smets demselben fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen. Rechtsanwalt Heiberg fragt den Zeugen Weyer: „Haben Sie das gehört, trotzdem Sie am weitesten von Smets entfernt saßen?“ Weyer: „Ja.“ Rechtsanwalt Heiberg: „Und das nehmen Sie auf Ihren Eid?“ Weyer: „Ja.“ Weyer sagte ferner aus: In einer Versammlung im Februar bei Schneider habe der Smets gefragt, er hätte gelacht, Steinbrink hier zu hören, denn er wollte mit demselben einmal anbandeln und ihm ein auszuweichen. Zeuge sagte alsdann, Steinbrink habe Smets was gesagt, worauf Smets fortwährend Lügner geschimpft habe. Auch habe Steinbrink einmal nach Smets gefloßen, den zweiten Stoß habe er (Weyer) erhalten.

Zu den Aussagen des Zeugen Weyer sei folgendes bemerkt:

1. Weyer ist so ziemlich der einzige von der ganzen Versammlung, welcher den Smets gehört haben will, trotzdem er am weitesten von Smets entfernt saß. Die Arbeiter, welche bei Smets am Tisch saßen (weiter unten im Saal) haben keine Zwischenrufe Smets gehört während der ganzen Versammlung.

2. In der Versammlung im Februar bei Schneider hat Smets in Wahrheit gesagt, er hätte gelacht, den Gauleiter Steinbrink zu hören, leider sei derselbe durch Frankheit verhindert. Hätte Smets den ihm unterbrochenen Ausdruck wirklich gebraucht, wie wären die anwesenden sozialdemokratischen Führer mit Recht über den Smets hergestellt. Der damalige Referent, Genosse Marx, sagte aber nur: „Dadurch, daß der Smets kostete, Steinbrink hier zu finden, nehme ich an, daß er Textilarbeiter ist.“

Judem ist der Zeuge Weyer der Mann, welcher in der Fabrikversammlung am 30. Juli im „Balsambrau“ Ausführungen machte, welche er in der Fabrikversammlung am 31. Juli in demselben Lokale als unwahr zurücknehmen mußte. Das kann alles durch mehrere Zeugen bewiesen werden.

Als zweiter Zeuge wird Joh. Höfner benommen. Derselbe hat Smets während der ganzen Versammlung nicht gehört. Steinbrink habe nach der Versammlung gefragt, ob Smets nicht da wäre, er (Steinbrink) habe demselben nicht gehört. Zeuge hat dabei gelächelt, wie Steinbrink den Smets Verleumder genannt hat und wie Smets mit Lügner geantwortet habe; ferner sah er, wie Steinbrink den Smets gefloßen, und wie er den Stuhl gegen Smets erhoben habe, aber am Schlägen verhindert wurde.

Als dritter Zeuge Adam Anstöß, Vorsitzender der roten Textil-Filiale. Derselbe wird vom Richter zweimal gefragt, ob Steinbrink den Smets einen Verleumder genannt habe, weicht aber bei jeder Frage aus, worauf der Richter zum Zeugen sagt: „Sie wollen sich wohl absichtlich um meine Frage herumwinden, antworten Sie mit Ja oder Nein.“ Als der Zeuge sich auch jetzt wieder um die Frage herumzureden will, sagt der Richter: „Oder wissen Sie es nicht genau?“ Da antwortete der Zeuge mit einem ganz schätzerischen und kaghaftem „Nein.“

ertönt aus dem Hofraum ein lautes „Bravo“. Betreffende wird mit 6 Mk. wegen Ungehörigkeit vor Gericht bestraft. Der Vertreter von Smets, Herr Heiberg, bezeichnet Smets als den anfänglichen Lügner, welches man von Steinbrink nicht sagen könne, zudem habe Smets gesagt, daß er sich bessern könne, dies sei bei Steinbrink nicht der Fall. Die Beleidigungen seien, weil gleich schwer gegenseitig, aufzugeben und deshalb könne Smets nicht bestraft werden.

Hierauf wollte Steinbrink mit einer Dauerrede beginnen, wurde aber vom Richter davon verhindert. Während der Verhandlung forderte der Richter Steinbrink auf die Hände aus den Taschen zu nehmen.

Urteil.
Die Beleidigungen seien gleich, weil gegenseitig gleich schwer, auf. Wegen Mißhandlung wird Steinbrink zu 5 Mk. Geldstrafe und 1/2 der Kosten verurteilt. Smets trägt 1/2 zu den Kosten.

Weiskirchen (Pfalz.) Auch in unserm, von der großen Heeresstraße der Industrie entfernt gelegenen Orte, hatten wir das seltene Glück, eine öffentliche, sehr gut besuchte Gewerkschaftsversammlung besuchen zu können. Nach einer zweckentsprechenden Begrüßungsansprache des Kollegen Kuhn-Erzenbach referierte Kollege Köhling-Strasbourg über das Wesen und die Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung. In 1 1/2 stündigen Ausführungen führte er uns die Entwicklung der Volkswirtschaft und der Industrie vor Augen und wies mit recht markanten Worten auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften hin. Seine Bemerkungen waren nicht ohne Erfolg. Trotzdem die freie Diskussion sogar über den Rahmen des Referats hinaus ausgebeutet wurde, zogen es die „roten“ Brüder, die sonst so gerne den Mund voll nehmen, vor, sich in ein geheimnisvolles Schweigen zu verhalten. Nachdem noch Kollege Kuhn einige Worte des Dankes gesprochen, schloß er die sehr lehrreiche Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Wie man über die christliche Gewerkschaftsbewegung Statistik macht. Um ihre Anhänger über den wahren Bestand der christlichen Gewerkschaften im Dunkel zu lassen oder direkt Unrichtigkeiten glaubend zu machen, verfallen unsere gegnerischen Organisationen immer mehr darauf, einfach die Statistik so zu drehen und zu stellen, daß das Zahlengebäude seinen Zweck, den Gegner herunterzuziehen, erfüllt. Die Statistiken des Obergenossen liegen in dieser Hinsicht „be-rühmt“ geworden. Aber er hat auch tüchtige Schüler, die ihrem Meister alle Ehre machen. So veröffentlichte die sozialdemokratische „Münchener Post“ im November eine Statistik, die vom Gewerkschaftsverein in München über die gewerkschaftlichen Organisationen in Bayern aufgenommen wurde. Von den christlichen Organisationen heißt es dort: „Christliche Organisationen bestehen in 37 Orten mit circa 5000 Mitgliedern!“ Tatsache ist dagegen, daß in der angegebenen Zeit die christlichen Gewerkschaften in München allein mehr Mitglieder zählten, wie ihnen die sozialdemokratischen „Statistiker“ für 37 Orte in ganz Bayern zurechnen.

Den Rekord über alles dagewesene in der Statistik schlägt aber die Hirsch-Dunderische „Westdeutsche Post“ in Nummer 44 der vergangenen Monats. Mitgliederzahlen werden gar nicht angegeben. Warum nicht? Angeblich weil, die christlichen Gewerkschaften in diesem Jahre (1907) keine Zusammenstellung der Mitgliederbewegung veröffentlicht haben. Eine solche plumpe Lüge wagen die H.-D. Blätter ihren Lesern aufzutragen. Geradezu ungläublich! Und Leute, die so die Zeit verschlafen haben, die sich gegen unliebsame Tatsachen blind zeigen, freiben in der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaftsvereinspresse ihr Unwesen.

Den schönsten Geniestreich leistet sich der Artikel übrigens in bezug auf die Kassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften. Die Endsummen sind nämlich durchweg am Schluß um einige Nullen gekürzt worden, so daß genau der hundertste Teil der wirklichen Summen herauskommt. So ergibt die Gesamtsumme (4311495 Mk.) nur 43114 Mk., die Gesamtsumme (3193978 Mk.) nur 31939 Mk. und der in Wirklichkeit am Jahresabschluss vorhandene Kassenbestand von 3487735 Mk. schrumpft glücklich zu 34877 Mk. zusammen. Eine Nichtigkeitstellung ist in der folgenden Nummer nicht erfolgt. Wir können nun recht gern den Herren ein solch billiges Vergnügen, glauben nebenbei auch, daß bei der Freierung der Summen der lebhafte Wunsch als Vater des Gedankens eine beträchtliche Rolle gespielt hat. Wie wir nun unsere Hirsch-Dunderischen Lesenden kennen, werden auch sie eine lebhafte Freude über eine solche Entwicklung der Dinge empfinden. „Mitgliederzahlen haben die Christlichen nicht veröffentlicht — folglich werden wohl nicht viele da sein. Eine Betrachtung der Kassenverhältnisse läßt dies fast zur Gewißheit erscheinen“, so werden sie kalkulieren. Stören wir ihnen die Freude nicht.

Dem neugegründeten Zentralverband deutscher Eisenbahn-Straßen- und Arbeiter (christlich-interkonfessionell) schloß sich die 600 Mann starke Ortsgruppe Saarbrücken des Eisenbahnverbandes Trier (Vorsitzender Holz) an. Wie wir vernehmen, steht in anderen Ortsvereinen des hiesigen Verbandes derselbe Entschluß bevor. Danach scheint der konfessionelle Sachabteiler Holz abgewirtschaftet zu haben.

Aus gegnerischen Organisationen.
Sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte gab es am Schluß des Jahres 1907, nach einer von E. Weinhardt in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichten Uebersicht, 1625. Im Jahre 1904 betrug die Zahl der Beamten 678, im Jahre 1901 nur 324 und 1900 gar nur 269. Die meisten Beamten zählt der Metallarbeiterverband nämlich 316. Von den übrigen Verbänden haben die Bäcker 36, Barbierer 9, Bauhilfsarbeiter 78, Bergarbeiter 58, Bildhauer 5, Böttcher 7, Brauer 59, Buchbinder 14, Buchdrucker 46, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 15, Bureauangestellte 1, Dachdecker 6, Fabrikarbeiter 110, Fleischer 6, Gärtner 7, Kellerer 17, Gemeindefreier 33, Glasarbeiter 6, Glaser 3, Hafenarbeiter 28, Handlungsgeliffen 11, Holzarbeiter 112, Hotelbediener 6, Hutmacher 2, Kupferhämmer 4, Kürschner 1, Lagerhelfer 1, Lederarbeiter 3, Litographen 12, Maler 43, Malchmisten 15, Maurer 107, Müller 6, Photographen 2, Portierhelfer 3, Porzellanarbeiter 8,

